

# ParlamentarierInnen im Nord-Süd Dialog



## Inhalt

No. 17 / November 2010

- 1 Der Parlamentarische Nord-Süd Dialog geht in eine neue Phase
- 3 Statement der Beiratsvorsitzenden NR-Präsidentin Barbara Prammer
- 3 Expert Meetings mit Abgeordneten aus Mosambik und Bhutan
- 4 AWEPA Treffen in Brüssel
- 6 Parlamentarisches Netzwerken gegen den Hunger – AWEPA-Workshop in Ghana  
Beitrag von Wolfgang Pirkhuber, AWEPA Mitglied der Sektion Österreich, Die Grünen
- 7 Klimawandel, Welthandel und Entwicklungszusammenarbeit  
Gastbeitrag von Jürgen Wiemann, GTZ – Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit
- 8 Zahlen, Fakten, Hintergründe – Österreichs internationale Verpflichtungen in der Entwicklungszusammenarbeit

Bei einem öffentlichen Forum des ghanaischen Parlaments in Kooperation mit AWEPA, bei dem Abg. Wolfgang Pirkhuber als Mitglied der AWEPA-Sektion Österreich teilnahm, wurden Herausforderungen und Möglichkeiten der lokalen Landwirtschaft in Ghana analysiert.

Fotos: AWEPA International

## Der Parlamentarische Nord-Süd Dialog geht in eine neue Phase

Unter dem Titel „Parlamente als Akteure wirksamer Entwicklungszusammenarbeit“ geht der seit 2006 im österreichischen und mosambikanischen Parlament implementierte **Parlamentarische Nord-Süd Dialog** in seine dritte Phase (2010 bis 2013). **Aid Effectiveness** – oder **Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit** (EZA) –

ist seit der **Pariser Erklärung**, die im Jahr 2005 auf dem zweiten Hochrangigen Forum der OECD-Arbeitsgruppe zur Wirksamkeit der EZA verabschiedet wurde, ein zentrales Schlagwort für eine moderne Form der Zusammenarbeit im Bereich der EZA. Geber- und Partnerländer suchen in diesem Prozess nach grundlegenden Verbesserungen der gemeinsamen Entwicklungszusammenarbeit und nach Wegen, diese effizient zu gestalten und somit eine möglichst große Wirkung der einzelnen

## Editorial



### Sehr geehrte Frau Abgeordnete, sehr geehrter Herr Abgeordneter,

die im September bei dem UN-Gipfel zu den Millennium Entwicklungszielen gezogene Zwischenbilanz der Vereinten Nationen zur Umsetzung der im Jahr 2000 verabschiedeten acht globalen Entwicklungsziele, fällt ernüchternd und enttäuschend aus. Zwar gab es Fortschritte bspw. bei der Armutsreduktion oder dem Zugang zu sauberem Trinkwasser. Andererseits setzt sich der Trend sinkender Kindersterblichkeit nicht fort und die Zahl der Hungernden stieg 2009 weltweit auf über 1 Mrd. Menschen. Dies ist vor allem auf die internationale Nahrungsmittel- und Finanzkrise und der damit zusammenhängenden Steigerung der Lebensmittelpreise zurückzuführen. Die Mittel für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (EZA) sind zwar auf 120 Mrd. US-Dollar pro Jahr angestiegen, die Verpflichtung 0,7 % des BNE für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen wird aber vom Großteil der Geber nicht erfüllt. Österreich hat alle wesentlichen Beschlüsse und Resolutionen mitgetragen (vgl. auch die neue Newsletter-Rubrik „Zahlen, Fakten und Hintergründe“ auf Seite 8), trotzdem sind die österreichischen Beiträge für EZA in den letzten Jahren massiv gesunken, zuletzt um enorme 32 %. Die erneuten Budgeteinsparungen bis 2013 um 33 Mill. sind mehr als dramatisch. Es ist politisch kurzsichtig, Budgeteinsparungen auf Kosten langfristiger Ziele vorzunehmen, denn wenn die brennenden globalen Probleme der Welt wie Hunger, Umweltzerstörung und Klimawandel nicht in absehbarer Zeit gelöst werden, werden wir über kurz oder lang alle zu Verlierern. Ein Stufenplan zur Erreichung der gesetzten Ziele ist ein Gebot der Stunde.

Ihre

NR a. D. Inge Jäger

Maßnahmen zu erzielen. Entwicklungszusammenarbeit kann jedoch nicht als isolierte Aufgabe eines einzigen Politikbereiches betrachtet werden. Um EZA effizient gestalten zu können, muss bei **allen politischen als auch legislativen Maßnahmen** auf deren **entwicklungspolitische Wirkung** geachtet werden. Aus diesem Grund ist es notwendig, die EntscheidungsträgerInnen in den Geberländern für Fragen der **Politikkohärenz im Dienste der Entwicklung** und Harmonisierung der Entwicklungszusammenarbeit zu sensibilisieren und den Bezug zwischen Problembereichen in den Ländern des Südens und den (legislativen) Maßnahmen im Norden herzustellen.

Beide Themenbereiche berühren im Besonderen auch die jeweiligen nationalen Parlamente, die als gewählte Institutionen der Volksvertretung im Norden wie im Süden die Aufgabe haben, den internationalen Strategien und eingegangenen Verpflichtungen entsprechende Gesetze zu verabschieden und deren Einhaltung zu kontrollieren, insbesondere auch die Mittel und Ressourcen der EZA.

Für die Durchsetzung von erforderlichen Initiativen bedarf es einerseits des entsprechenden Know-hows der MitarbeiterInnen und Abgeordneten sowie andererseits einer adäquaten technischen und administrativen Befähigung und Ausstattung des Parlaments. Gerade unter diesen Aspekten stellt die enge Kooperation der beiden Parlamente aus Österreich und Mosambik einen wichtigen Bereich im Sinne der beschriebenen internationalen Zusammenarbeit dar.

Die Zielsetzung des Projekts ist definiert als **Stärkung der gesellschaftlichen und politischen Unterstützung von kohärenter Politik und internationaler Zusammenarbeit durch eine Institutionalisierung des Nord-Süd Dialoges zwischen dem österreichischen und dem mosambikanischen Parlament vor dem Hintergrund wirksamer Entwicklungszusammenarbeit.**

Zentraler Punkt der dritten Projektphase ist der Ausbau und die Festigung der bisher initiierten Zusammenarbeit in

und zwischen den beiden Parlamenten sowohl auf der Ebene der Abgeordneten als auch auf jener der MitarbeiterInnen der beiden Parlamente. In diesem Zusammenhang werden drei Schwerpunkte verfolgt:

- 1) Die **Stärkung entwicklungspolitischer Kompetenz im österreichischen Parlament** durch Informationsvermittlung (wie bisher durch Projektnewsletter, die Website und gezielte Veranstaltungen) und eine aktive Einbindung der AWEPA-Sektion Österreich (European Parliamentarians with Africa).
- 2) Die **Stärkung des mosambikanischen Parlaments** im Bereich demokratiepolitisches Know-how und Institution Building.

Kerninhalte dieses Punktes sind Trainings von Abgeordneten und MitarbeiterInnen des Parlaments ausgewählter Ausschüsse bzw. Abteilungen, sowie die Unterstützung der Erstellung einer kohärenten IT-Strategie, damit eine stabile Basis für die zukünftige, systematische Modernisierung im IT-Bereich geschaffen wird.

- 3) Eine **strategische partnerschaftliche Zusammenarbeit** zwischen dem österreichischen und dem mosambikanischen Parlament, die mehr als bisher die gezielte Zusammenarbeit zwischen Abgeordneten beider Parlamente forcieren wird.

Wie auch schon bisher wird der, alle im Parlament vertretenen Parteien umfassende, Projektbeirat unter dem Vorsitz von Parlamentspräsidentin Barbara Prammer das Projekt auf österreichischer Seite begleiten. Finanziell wird das Projekt von der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit und dem Land Oberösterreich gefördert.

Wir hoffen auf Ihre aktive Unterstützung und freuen uns auf die kommenden drei Jahre.

*Das Projektteam: Mag.<sup>a</sup> Jutta Kepplinger, Dr.<sup>in</sup> Ingrid Pranger, Michael Fink, NR. a. D. Inge Jäger (Konsultentin)*



## Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter!

schen Arbeit und in der Ausübung ihrer Legislativ- und Kontrollfunktionen unterstützt werden. Die Entwicklungszusammenarbeit kann in diesem Bereich wichtige Unterstützung leisten.

Im Rahmen unseres Projekts ist durch die Kooperation auf parlamentarischer Ebene ein wertvoller Erfahrungsaustausch sowie darauf aufbauende fachliche Unterstützung gewährleistet.

Der Transfer von Know-how in Schulungen und Meetings war und ist eine zentrale Maßnahme, der im Projekt bislang viel Platz eingeräumt wurde und auch in den kommenden drei Jahren eingeräumt wird. Wir wollen das mosambikanische Parlament in seinem berechtigten Anliegen unterstützen, seine inhaltlichen, administrativen und technologischen Kapazitäten zu verbessern. Es muss eine Selbstverständlichkeit werden, dass afrikanische Parlamente – so wie wir in Europa – über alle Möglichkeiten einer modernen, effizienten parlamentarischen Arbeit verfügen.

Gleichzeitig muss uns jedoch bewusst sein, dass es auch einer kohärenten Po-

litik auf unserer Seite bedarf, um die enormen Herausforderungen in vielen Partnerländern meistern zu können.

In Veranstaltungen zu relevanten und aktuellen Themen, durch den Austausch und die Vermittlung von Informationen und durch die Begegnungen mit mosambikanischen Abgeordneten und MitarbeiterInnen möchten wir daher im Rahmen des Projekts auch weiterhin das Interesse für Themen der Entwicklungszusammenarbeit in unserem Parlament wach halten.

Als wesentlichen Aspekt der österreichisch-mosambikanischen Zusammenarbeit sehe ich einen gegenseitigen Einblick in die Systeme und Funktionsweisen der beiden Parlamente, der es uns erlaubt, unsere zukünftige Zusammenarbeit durch konkrete Schritte zu institutionalisieren.

Ich lade Sie alle herzlich ein, uns in den kommenden drei Projektjahren in diesen Anliegen aktiv zu unterstützen.

Ihre Barbara Prammer

Durch den Parlamentarischen Nord-Süd Dialog und die Zusammenarbeit mit dem mosambikanischen Parlament ist es uns in den vergangenen vier Jahren auf vielfältige Weise und durch zahlreiche sichtbare Erfolge gelungen, eine internationale Partnerschaft im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zu etablieren.

Die Grundvoraussetzung für eine gerechte Verteilungspolitik innerhalb eines Staates aber auch im internationalen Kontext ist ein funktionierendes demokratisches (Kontroll)System. Die zum Teil noch jungen Parlamente in den Partnerländern des Südens müssen bei der Umsetzung ihrer Reformbestrebungen im Bereich der parlamentari-

# Expert Meetings mit Abgeordneten aus Mosambik und Bhutan

Vom 22. bis 24. Juni 2010 und vom 12. bis 16. Juli 2010 fanden im Rahmen des **Parlamentarischen Nord-Süd Dialogs Expert Meetings** für drei mosambikanische Abgeordnete bzw. zwei

bhutanische Abgeordnete im Österreichischen Parlament statt. Ziel dieser Treffen war der Austausch von Wissen und Erfahrungen, die die Abgeordneten bei der Konsolidierung ihrer jeweiligen



Die Abgeordneten Malema und Conzane beim Seminar des Parlamentarischen Nord-Süd Dialogs.

Foto: HBF/Icha und Aigner

parlamentarischen Systeme und Demokratien unterstützen sollen. In diesem Zusammenhang waren der Aufbau und die Abläufe in den Abteilungen und Ausschüssen sowie die Organisation der

administrativen und politischen Arbeit im Österreichischen Parlament für die TeilnehmerInnen wesentliche Aspekte der Meetings. Von den geknüpften Kontakten können alle involvierten Abgeordneten und MitarbeiterInnen des Parlaments auch in Zukunft profitieren. Für den Vizepräsidenten des mosambikanischen Parlaments, **Hon. Viana Magalhães**, und die Abgeordneten **Hon. Lucinda Malema** und **Hon. Rui Conzane**, der als in Bonn lebender Ab-

geordneter die in Europa ansässigen MosambikanerInnen vertritt, standen während ihres dreitägigen Besuchs u. a. Aussprachen mit den Mitgliedern des Ausschusses für Arbeit und Soziales sowie des Ausschusses für Petitionen und Bürgerinitiative auf dem Programm. Des Weiteren nahmen die mosambikanischen Abgeordneten an der Mitgliederversammlung der AWEPA Sektion Österreich sowie an dem Seminar „**The New Aid Architecture: Parliamentary**

**Action to Ensure Aid Effectiveness**“ am 24. Juni 2010 teil. Für die beiden Abgeordneten der weltweit jüngsten Demokratie, **Hon. Sonam Penjore** und **Hon. Namgay Wangchuck** aus **Bhutan**, waren die Informationen über das Zustandekommen und die Bestimmungen der österreichischen Verfassung, das österreichische Regierungssystem, Formen der Parteienfinanzierung und die Abläufe der Budgeterstellung und Kontrolle durch das Parlament von besonderem Interesse in Bezug auf eine mögliche Umsetzung im Zuge von Reformprozessen im eigenen Land. Neben Gesprächen mit VertreterInnen einzelner Abteilungen des österreichischen Parlaments stand auch ein Treffen mit der **Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI)** auf dem Programm.

Beide Delegationen trafen während ihres Trainings auch mit **NR-Präsidentin Barbara Prammer** zusammen.



Die Abgeordneten Wangchuck und Penjore im Gespräch mit Dr. Werner Zögernitz, dem Präsidenten des Instituts für Parlamentarismus und Demokratiefragen.

Foto: HBF/Icha und Aigner

## AWEPA Treffen in Brüssel

Anlässlich der EU-Präsidentschaft Belgiens trafen sich VertreterInnen der AWEPA Sektionen aus den Nationalparlamenten Europas sowie der Partnerparlamente aus Afrika in Brüssel zu einer zweitägigen Konferenz.



KonferenzteilnehmerInnen beim zweitägigen Treffen von AWEPA-Mitgliedern aus Afrika und Europa im Belgischen Senat.

Fotos: Guy Goossens – Belgischer Senat; AWEPA International

Am ersten Konferenztage fand ein **Heads of Sections Meeting** der europäischen Sektionen statt, bei dem jede AWEPA Sektion ihre aktuellen Programme und

Projekte präsentieren konnte und auch die Themenschwerpunkte für die Arbeit im kommenden Jahr diskutiert und beschlossen wurden.

- 1) Aus aktuellem Anlass wurde AWEPA von Abgeordneten aus den afrikanischen Partnerländern gebeten, Lobbying in Europa für die **Anliegen Afrikas im Rahmen der EPAs (Economic Partnership Agreements)** Verhandlungen zwischen der EU und Afrika zu betreiben. Es gibt auf afrikanischer Seite größte Bedenken gegen das vorliegende Papier (siehe Kasten anbei). Die Befürchtungen sind hoch, dass durch inkohärente (einseitig Europa bevorzugende) Wirtschafts- und Handelspolitik die Bemühungen der Entwicklungszusammenarbeit untergraben werden.
- 2) **Friedens- und Versöhnungsarbeit:** AWEPA International, aber auch die



Abg. Petra Bayr, Mitglied der AWEPA-Sektion Österreich, zum Thema Bekämpfung von FGM.



Der Ugandische Abg. Chris Baryomunsi fordert Solidarität und Engagement im Kampf gegen Gewalt an Frauen.

Irische AWEPA Sektion hat sich in den vergangenen Jahren in diesem Bereich sehr engagiert und Kampagnen zu Simbabwe, dem Sudan und der Demokratischen Republik Kongo gestartet. AWEPA Präsidentin Miet Smet wies in ihrem Redebeitrag darauf hin, dass sich die kriegerischen Handlungen nicht auf einem abgelegenen Schlachtfeld abspielen, sondern die Auseinandersetzungen in den Dörfern und Kommunen auf dem Rücken der Zivilbevölkerung ausgetragen werden – Stichwort Kindersoldaten und systematische Vergewaltigung von Frauen.

- 3) Auswirkungen des Klimawandels auf die Landwirtschaft und Nahrungsmittelsicherheit in Afrika: Schwerpunkt der Arbeit soll hier im Bereich Information und auch Motivation der afrikanischen Partnerländer liegen, ihre Gesetzgebung, Politik und auch das Budget an die neuen Bedürfnisse und Herausforderungen anzupassen. Nationale Aktionspläne sollen erstellt werden. Ghana ist eines der Schwerpunktländer, in denen dazu gearbeitet wird (siehe Bericht von Abg. Wolfgang Pirkhuber in diesem Newsletter).
- 4) Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit (Aid Effectiveness) wird AWEPA als Thema auch in nächster Zeit begleiten. Der stellvertretende AWEPA Präsident und Vizepräsident des Irischen Parlaments Brendan Howlin war bereits Delegationsleiter der ParlamentarierInnen in den Verhandlungen von Accra im Jahr 2008. Er wird auch beim nächsten Treffen 2011 in Südkorea dabei sein und

bittet die Abgeordneten aus den anderen AWEPA Sektionen, ebenfalls an diesem wichtigen Treffen teilzunehmen.

- 5) Als neues Thema wurde der Kampf gegen Female Genital Mutilation (FGM – Beschneidung von Frauen) u. a. auf Wunsch von Nationalratspräsidentin Prammer in den Arbeitsbereich von AWEPA aufgenommen.

Am zweiten Konferenztag beschäftigten sich europäische und afrikanische Abgeordnete gemeinsam im Rahmen des Seminars „Towards a Parliamentary Strategy for African Women’s Rights and Gender Equality – Uniting parliamentary efforts to end violence against women and girls in Africa“ mit dem Themenbereich „Gewalt gegen Frauen“. Im ersten Panel schilderten VertreterInnen von UNICEF, verschiedener afrikanischer NGOs, aber auch Abgeordnete Hintergründe und eigene Erfahrungen mit Ansätzen zur Bekämpfung von FGM. Aufgrund ihres langjährigen Engagements wurde auch Abgeordnete Petra Bayr, Mitglied der AWEPA Sektion Österreich, als Rednerin geladen. Besondere Aufmerksamkeit erzielte die Rede des Ugandischen Abgeordneten Chris Baryomunsi, der besonders seine männlichen afrikanischen Kollegen einlud, sich an die Seite der Frauen zu stellen und zu engagieren.

Im zweiten Panel wurde die Bedeutung der Einbeziehung von Frauen in Friedensverhandlungen diskutiert und aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet. Das gemeinsam verabschiedete Schlussdokument finden Sie unter:

[www.awepa.org](http://www.awepa.org)

## Kritik an den Economic Partnership Agreements (EPAs)

geäußert von afrikanischen NGO-VertreterInnen im Rahmen des Ostafrikanisch-Europäischen Ministertreffens in Dar es Salam, Juni 2010

- 1) Große Teile Afrikas sind nicht auf den „freien Handel“ mit Europa vorbereitet. Die enormen Unterschiede in der Größe des Wirtschaftsaufkommens zwischen Europa und Afrika erlaubt keine gleichberechtigte Partnerschaft. Europa wird weiterhin die dominante Rolle spielen. Es muss geschützte Bereiche geben und auch die Möglichkeit auf afrikanischer Seite Interventionen und Steuerungsmechanismen in Form von Besteuerung zu setzen.
- 2) Der von Europa postulierte „freie Handel“ ist nicht tatsächlich frei und auch nicht fair. Europa wendet jährlich hunderte Mio. Euro zur Stützung seiner Bauern und ihrer Produkte auf. Dies führt dazu, dass europäische Agrarprodukte zu Schleuderpreisen am afrikanischen Markt angeboten werden und die lokalen Bauern ihre Produkte nicht absetzen können und in ihrem Unterhalt gefährdet sind.
- 3) Europa investierte hunderte Millionen Euros, um seine Banken und die Industrie während der Finanzkrise zu stützen. Das sind jedoch jene Banken, die nun freien Zugang zum afrikanischen Markt haben wollen und dort mit den heimischen Banken und Industrien, die keine solche Unterstützung von ihren Regierungen zu erwarten haben, in Konkurrenz treten werden. Diese Unterstützung der europäischen Regierungen führt den von Europa postulierten „freien Handel“ ad absurdum und ist eine Verhöhnung der afrikanischen Partner.
- 4) Ostafrika ist gerade erst im Aufbau eines gemeinsamen Marktes und sollte zuerst die Möglichkeit haben, sich als eigener Handelsblock zu formieren, bevor es in den Freihandel mit Europa tritt.
- 5) Europa verlangt im Rahmen der EPAs Zugeständnisse, die über die bestehenden WTO Vereinbarungen hinausgehen.
- 6) Europa weigert sich, Entwicklung als fixen Part in die Vereinbarung aufzunehmen. Es muss jedoch garantiert sein, dass Entwicklungshilfe und eine entsprechende Wirtschaftspolitik Hand in Hand gehen, um das Wachstum der Afrikanischen Wirtschaft zu gewährleisten. „Aid for Trade“ („Unterstützung für den Handel“) darf nicht zu „Aid instead of Trade“ („Unterstützung anstatt Handel“) werden.

# Parlamentarisches Netzwerken gegen den Hunger

AWEPA-Workshop in Ghana vom 30. September bis 1. Oktober 2010

Beitrag von Wolfgang Pirkhuber, AWEPA Mitglied der Sektion Österreich, Die Grünen

Der Workshop zum Thema „Agrarpolitik und Klimawandel“ organisiert von AWEPA in Zusammenarbeit mit AGRA (Alliance for the Green Revolution in Africa) und dem Parlament von Ghana sollte der **Stärkung der parlamentarischen Kompetenzen in den Bereichen Hungerbekämpfung, Lebensmittelsicherheit und Klimawandel** dienen. TeilnehmerInnen am Workshop waren neben Mitgliedern von AWEPA und AGRA, NGOs, WissenschaftlerInnen aus Ghana, ParlamentarierInnen und VertreterInnen von Bauern-, Wirtschafts- und Interessensverbänden.

Die Kernthemen des Workshops waren:

- Die Rolle des Parlaments bei Etablierung und Monitoring von Strategien der landwirtschaftlichen Entwicklung und des Klimaschutzes
- Politische und Legislative Maßnahmen für den Agrarsektor in Ghana
- Herausforderungen und Chancen für das Agro-Business in Ghana

Mr. Tony Worthington, ehemaliger Abgeordnete des englischen Parlaments und AWEPA-Chef-Berater der Region, umschrieb die Grundintentionen mit der Erreichung des **Millennium Development Goal 1 – Reduktion der Armut und des Hungers**. Dazu ist die **Mitarbeit der ParlamentarierInnen auf regionaler Ebene** in ihren Wahlkreisen und insbesondere die Unterstützung der Bevölkerung bei Umsetzung lokaler und

regionaler Projekte erforderlich. Ebenso notwendig sei die **Stärkung der parlamentarischen Dienste und Sekretariate**. Der Erste stellvertretende Sprecher des Ghanaischen Parlaments, Doe Adjaho, forderte die Mitglieder des Landwirtschaftsausschuss auf, **politischen Druck auszuüben**, damit auch **mehr Budget-Mittel für die Landwirtschaft** als bisher eingesetzt werden.

Dr. Augustin Wambo, ehemaliger Mitarbeiter von NEPAD (New Partnership for Africa's Development) erläuterte die Ziele des CAADP (Comprehensive Africa Agriculture Development Program): ein durchschnittliches jährliches Wachstum der landwirtschaftlichen Produktivität von 6 % sowie ein Mindesteinsatz von 10 % der nationalen Budgets für den Agrarsektor. Eine **bessere Einbindung der ParlamentarierInnen in die Umsetzung zur Erreichung dieser Ziele** wird als **notwendige politische Strategie** diskutiert – Möglichkeiten sind der Austausch und Dialog bezüglich klein-regionaler Umsetzungsstrategien oder öffentliche Anhörungen zu Agrar- und Gesundheitsthemen in den Regionen.

Der Vorsitzende des Agrarausschusses, Dr. Alhassan, präsentierte die Ergebnisse der 2-tägigen öffentlichen Anhörungen im Dangme-District, wo BäuerInnen vor allem die **hohen Kreditzinsen** (mehr als 20 % für Agrarkredite!), die **geringe Anpassung der Agrar-Techno-**

**logien** (1 Traktor auf ca. 1.500 BäuerInnen), das Fehlen eines funktionierenden Veterinärwesens und **zu viel Bürokratie** bei der Düngemittelbeschaffung kritisierten. Frau Adongo, Vertreterin einer KleinbäuerInnen-Organisation, erwähnte die **fehlende Einbindung der Interessen der Kleinst-BäuerInnen**. Das Parlament sollte sich gerade auch mit diesem Sektor aktiv beschäftigen, der schließlich einen wichtigen Beitrag für die lokale Lebensmittel-Versorgung leistet. Darüber hinaus kritisierte sie verstärkt um sich greifendes **Land-Grabbing** und **ungesicherte Eigentumstitel** für BäuerInnen in Ghana.

Am zweiten Konferenztag fanden abschließend **3 Arbeitsgruppen** statt. Wesentliche Punkte waren u. a. die **Notwendigkeit von Budget-Gesetzen**, um die Vergabe-Prioritäten zu beeinflussen und kontrollieren zu können, die **Etablierung einer Budget-Analyse-Kompetenz im Rahmen des parlamentarischen Dienstes**, die **Einrichtung von regionalen Sekretariaten**, die die Vernetzung mit den regionalen Agrarbehörden und bäuerlichen Gemeinschaften organisieren könnten, sowie die **Abhaltung von parlamentarischen Enqueten** oder die **Unterstützung von regionalen „Muster-Landwirtschafts-Betrieben“** mit Vorbild-Charakter.

Im zusammenfassenden Bericht wurde empfohlen, die **Dokumentation der lo-**

Foto 1: TeilnehmerInnen des Forums in Ghana

Foto 2: Dr. Augustin Wambo formuliert die Ziele des Comprehensive Africa Agriculture Development Program

Fotos: AWEPA International



kalen Hearings allen relevanten Stellen zugänglich zu machen, das Budget für 2011 besonders an der Armutsbekämpfung

auszurichten und 2-3 parlamentarische Enqueten zu den Themen Agrarkredite und Bewässerungssysteme, ins-

besondere unter dem Gesichtspunkt Klimaschutz in den nächsten drei Jahren, abzuhalten.

# Klimawandel, Welthandel und Entwicklungszusammenarbeit

Dr. Jürgen Wiemann, Leiter des Forschungsvorhabens „Handel und Entwicklung“ der Deutschen GTZ und Berater des BM für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Der unkontrollierte Ölfluss in den Golf von Mexiko rief eine unbequeme Wahrheit ins Gedächtnis zurück: **Die Weltölreserven sind endlich**, und die Menschheit wird sich auf einen sparsamen Umgang mit fossilen Energieträgern einstellen müssen.

Ein langfristiger Preisanstieg auf dem Weltölmarkt wird den **Verteilungskonflikt zwischen Industrie- und Entwicklungsländern** zuspitzen. Nur wenn der technische Fortschritt schnell genug die Minderung des weltweiten Verbrauchs fossiler Brennstoffe erlaubt, die zur Abwendung einer nicht mehr beherrschbaren Erderwärmung notwendig wäre, ließe sich beides vereinbaren – die Angleichung des Lebensstandards der Schwellenländer und der alten Industrieländer mit der Vermeidung der globaler Umweltkatastrophen. Der Fehlschlag des Klimagipfels in Kopenhagen im Dezember 2009 hat aller Welt vor Augen geführt, wie schwierig und womöglich ganz aussichtslos es ist, einen Kompromiss zwischen Nord und Süd auszuhandeln. Nachdem die Industrieländer bis heute bereits die Hälfte der insgesamt vorhandenen Weltölreserven verbraucht und damit den größten Teil der Belastung der Atmosphäre mit Treibhausgasen zu verantworten haben, bestehen die Entwicklungsländer auf dem gleichen Recht zur Entwicklung durch Industrialisierung und Nutzung fossiler Energien. Für eine wirksame Klimapolitik müssen beide Seiten aufeinander zugehen. Dabei kommt der **Entwicklungspolitik eine Schlüsselrolle**

zu, die allerdings durch die Sparzwänge, denen die Staatshaushalte in den Geberländern unterliegen, in Frage gestellt wird. Mit dem Angebot umfassender und effektiver Zusammenarbeit bei der Vorbereitung der Partnerländer auf die Umsetzung nationaler Minderungsziele und anderer Verpflichtungen aus dem noch zu schließenden Klimaabkommen kann die Entwicklungspolitik den zögernden Entwicklungsländern den Beitritt erleichtern. Die größte Herausforderung wird sein, Länder wie China und Indien dazu zu bewegen, ihr industrielles Wachstum frühzeitig vom Verbrauch fossiler Energien abzukoppeln. Das wird umso leichter fallen, je überzeugendere Technologien für Energieeinsparung und alternative Energien als Ersatz für die fossilen Energien angeboten werden.

Daneben kann die Entwicklungszusammenarbeit die Partnerländer dabei unterstützen, die Entwaldung ihrer Tropenwälder einzudämmen, sowie die Aufforstung und nachhaltige Waldbewirtschaftung zu fördern, damit die Senkenfunktion intakter Tropenwälder für Kohlendioxid erhalten bleibt bzw. gestärkt wird. Dennoch wird sich der **Klimawandel allenfalls verlangsamen**, aber nicht ganz vermeiden lassen. Ausgerechnet die ärmsten Länder werden von den Folgen des Klimawandels besonders betroffen sein. Daher stehen die Industrieländer in der Verantwortung, umfassende Hilfe zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels zu gewähren (z. B. Förderung der Agrar-

forschung, Etablierung von Frühwarnsystemen). Die Herausforderungen des Klimawandels können nur im Rahmen einer offenen Welthandelsordnung gemeistert werden. Am Beispiel Chinas, Indiens und anderer Schwellenländer lässt sich erkennen, welche Chancen der Strategiewechsel von einer binnenorientierten Entwicklungsstrategie zur Handelsliberalisierung und weltwirtschaftlichen Öffnung mit sich bringt. Erst die damit eingeleitete Verringerung des Einkommensabstands zu den alten Industrieländern schafft die **gesellschaftlichen** (geschärftes Umweltbewusstsein der Mittelschichten), **wirtschaftlichen** (Staatsausgaben für Umweltschutz) und **technischen** (Energietechnologien) **Voraussetzungen** dafür, dass auch die Schwellenländer einen entsprechenden **Beitrag zu Eindämmung des Klimawandels** leisten wollen und leisten können. Zur **Bewältigung der globalen Herausforderungen** müssen **Handelspolitik und Entwicklungspolitik komplementär zusammenwirken**. Die Entwicklungspolitik kann die Handelspolitik entlasten, indem sie die Partnerländer an die international geltenden und die noch zu vereinbarenden Umwelt- und Sozialstandards heranführt und die Verwendung regenerativer Energien und Energieeinsparmaßnahmen fördert. Die Handelspolitik kann die Umsteuerung der wirtschaftlichen Entwicklung in den Partnerländern in Richtung low-carbon economy unterstützen, sie kann aber auch mit Handelsbeschränkungen klimaschädliche Praktiken anderer Länder bekämpfen.

## ZAHLEN / FAKTEN / HINTERGRÜNDE

### VON ÖSTERREICH MITGETRAGENE INTERNATIONALE VERPFLICHTUNGEN IM RAHMEN DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (AUSWAHL)

24. Oktober 1970 UN-Generalversammlung	Resolution 2626, Kapitel C, Punkt 3/42	0,7% des BNE soll als öffentliche Entwicklungshilfe bereitgestellt werden
September 2000 UN-Generalversammlung	Millennium Entwicklungsziele	Festlegung von 8 globalen Entwicklungszielen bis 2015
März 2002 Europäischer Rat von Barcelona	Barcelona Commitments	Erhöhung der ODA-Quote der EU von 0,33% des BNE in 2002 auf 0,39% des BNE bis 2006
21./22. März 2002 Internationale Konferenz über Entwicklungsförderung, Monterrey, Mexiko	Monterrey Consensus	Die EU bekräftigt ihre in Barcelona gefassten Beschlüsse auf internationaler Konferenz
24. Mai 2005 2660. Tagung des Rates für Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen	Beschluss des Rates für Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen	EU-Mitgliedsländer (EU15), die die Barcelona Commitments erreicht haben, sollen bis zum Jahr 2010 die ODA-Quote auf 0,51% des BNE anheben

### TATSÄCHLICHE ODA-LEISTUNGEN ÖSTERREICHS (QUELLE: CONCORD AIDWATCH REPORTS 2010, 2009, 2008)

JAHR	BETRAG IN €	INKLUSIVE		EXKLUSIVE	
		AUSGABEN FÜR FLÜCHTLINGE, AUSLÄNDISCHE STUDENT/INNEN UND SCHULDENNACHLÄSSE FÜR ENTWICKLUNGSLÄNDER			
2007	1.313 Millionen	0,50 % des BNE		0,20 % des BNE	
2008	1.165 Millionen	0,43 (0,42) % des BNE		0,26 (0,20) % des BNE	
2009	823 Millionen	0,30 % des BNE		0,25 % des BNE	

### Initiative Entwicklung: Viele Stimmen gegen Armut!

Trotz weltweiter Krisen- und Einsparungsszenarien setzt sich die im Sommer dieses Jahres gegründete Initiative Entwicklung für Humanität, Internationalität und mehr globale Verteilungsgerechtigkeit ein.

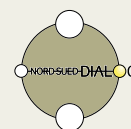
Die Initiative verfolgt das Ziel, weitere Einsparungen der österreichischen Bundesregierung bei der globalen Armutsbekämpfung zu verhindern. Die Partnerländer im Süden müssen gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten unterstützt werden. Entwicklungszusammenarbeit darf in diesem Zusammenhang nicht als Almosen verstanden werden, sondern als wesentlicher Teil der globalen Verantwortung Österreichs.

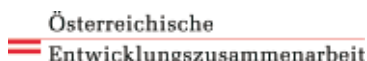
Nähere Informationen unter [www.initiative-entwicklung.at](http://www.initiative-entwicklung.at)

[www.nordsued-dialog.org](http://www.nordsued-dialog.org)

Besuchen Sie unsere Website!

Dort finden Sie detaillierte Informationen zum Projekt und zu den hier behandelten Themen.



Gefördert durch  Österreichische  
Entwicklungszusammenarbeit



Gemeinnützige Entwicklungszusammenarbeit GmbH (GEZA)  
Hollergasse 2-6 | A-1150 Wien | Österreich | HG Wien: FN 294642 y  
DVR-Nr. 3006115 | Tel: +43 (0) 1 89 145-343  
office@nordsued-dialog.org | www.nordsued-dialog.org  
Bankverbindung: Erste Bank | Konto 288-153-485/00 | BLZ 20 111

Redaktion: Ingrid Pranger, Jutta Kepplinger, Inge Jäger, Michael Fink  
Layout/Satz: kest – strategie, kommunikation, design. Linz | www.kest.net  
Druck: Direkta Druck, Linz | www.direkta.at

Dieses Dokument wurde mit finanzieller Unterstützung der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit erstellt. Die darin vertretenen Standpunkte geben die Ansicht der Redakteurinnen und Autorinnen wieder und stellen somit nicht die offizielle Meinung der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit dar. Dieser Newsletter wird in der Projektlaufzeit (Juli 2008 bis Juni 2010) insgesamt achtmal herausgegeben.



INSTITUT FÜR  
TUFE.AT

RI RennerInstitut

MODERNPOLITICS  
POLITISCHE AKADEMIE DER ÖVP

FPO  
FÖRDERUNGSPARTNER

die grüne  
bildungs-  
werkstatt

ZUKUNFTS  
AKADEMIE  
ÖSTERREICH